

Der Abonnementspreis der Frankfurter Oberpostamts-Zeitung beträgt vierteljährlich: 1) in dem Bezugsbezirk von Frankfurt fl. 2. 30 kr. — 2) in dem Königreich Württemberg, den Hohenzollern'schen Fürstenthümern und dem Kanton Schaffhausen fl. 2. 45 kr. — 3) in Wimpfen fl. 2. 38 kr. und 4) in den übrigen Ländern des Fürstlich Thurn und Taxis'schen Verwaltungsbezirks fl. 2. 30 kr. — Alle Postämter des In- und Auslandes nehmen Bestellungen an; für Frankreich, England, Spanien, Portugal und die überseeischen Länder: G. A. Alexandre in Straßburg, Brandgasse Nr. 28. und derselbe in Paris, rue Notre-Dame de Nazareth Nr. 25. — Die Inseratgebühren betragen für die Zeile (1/4 Breite) mit Petitdruck oder deren Raum 8 kr.



Inserate für die Oberpostamts-Zeitung beliebet man an die Redaktion dieser Zeitung zu adressiren. Für Frankreich, England, Spanien, Portugal und die überseeischen Länder nimmt Inserate an: G. A. Alexandre in Straßburg, Brandgasse Nr. 28. und in Paris, rue Notre-Dame de Nazareth Nr. 25.; in Deutschland: 1) Dr. Hammerich in Wien, Landstraße Nr. 386; 2) das Comptoir der Verlagsbuchhandlung von L. Weyl u. Comp. in Berlin, neue Friedrichstraße Nr. 78a.; 3) Hofcommissär G. Florey in Leipzig; 4) Oberpostsecretär Herrfeldt in Hamburg; 5) Oberpostsecretär Du Roy in Bremen.

Frankfurter Oberpostamts-Zeitung.

Deutsche Reichsversammlung.

220. Sitzung.

(Abend Sitzung.)

Vorsitzender: Präsident Reh.

H Frankfurt, 15. Mai.

Die Sitzung wird um 4 1/2 Uhr eröffnet. Abg. Umbach berichtet im Namen des Dreißigerausschusses, daß derselbe nach dem Schlusse der heutigen Morgen-sitzung zusammengetreten, die Eröffnungen des Herrn Ministers und des ehemaligen Reichscommissärs vernommen und nach gepflogener Berathung mit 16 gegen 10 Stimmen den Beschluß gefaßt habe, der Nationalversammlung vorzuschlagen, zu beschließen: „Die Nationalversammlung stellt die in der Pfalz zur Durchführung der Verfassung entstandene Bewegung unter den Schutz des Reichs und fordert die Centralgewalt auf, einen Reichscommissär hinzuschicken, der dafür zu sorgen habe, daß die Reichsverfassung durchgeführt und der Bürgerkrieg vermieden werde. Der Berichterstatter motivirt den Antrag des Ausschusses durch eine kurze Schilderung der Stimmung der Pfälzer, welche keine Republik, keine Kostrennung von Deutschland wollen. Selbst als die Republik in Frankreich proclamirt wurde und zahlreiche republikanische Emigrirte daselbst wirkten, kam ein solcher Gedanke nicht bei der dortigen Bevölkerung auf. Nicht einmal von einer Kostrennung von Bayern, mit dessen Verwaltung man in der Pfalz allen Grund hatte, unzufrieden zu sein, war damals die Rede. Der Redner, selbst Beamter eines sich an der französischen Grenze hinziehenden Kantons der Pfalz, erklärt, daß die Bewegung der Pfalz sonst keinen Zweck habe, als die Reichsverfassung mit Gut und Blut durchzusetzen. Dies bezeugen die Beschlüsse auf den dortigen Volksversammlungen, der Eid, welchen man die Wehrmannschaft schwören läßt. Der Redner findet einen geringen Unterschied zwischen dem Antrage der Minorität und dem der Majorität. — Abg. Zacharia aus Göttingen, Berichterstatter der Minorität, stellt im Namen der Minorität den Antrag: die Nationalversammlung stelle die bayerische Rheinpfalz beider in derselben zur Durchführung der Reichsverfassung entstandenen Bewegung unter den Schutz des Reichs und fordert die Centralgewalt auf, sofort die geeigneten Maßregeln zur Verwirklichung des Schutzes, der alten Rechte und Interessen gebührt, zu treffen. — Der Redner findet auch keinen erheblichen Unterschied in den beiden Anträgen. Auch die Minorität ist von der Ansicht ausgegangen, daß ein Land, welches sich einstimmig zu Gunsten der Verfassung erhebt, den Schutz der Versammlung zu beanspruchen das Recht hat; allein sie hat geglaubt, sich nicht in jener speciellen Weise ausdrücken zu dürfen, wie der Antrag der Majorität. — Die Discussion wird eröffnet. Zuerst erhält das Wort der ehemalige Reichscommissär für die Pfalz, Abg. Eisenstuck. Er bedauert, daß die Versammlung in diesem ernsten Augenblicke, wo Einigkeit geboten ist, eine Seite des Hauses dadurch verlegt habe, daß sie einem aus ihrer Mitte geforderten Reichscommissär das Wort verweigert habe, und geht alsdann über zu dem Berichte über seine Thätigkeit in der Pfalz. Ich wurde zunächst durch die bringliche Bitte meiner Freunde aus der Pfalz in dieser Versammlung dazu bewogen, falls mir das Amt eines Reichscommissärs für die Pfalz angeboten würde, dasselbe anzunehmen. Es kam die desfallsige Aufforderung an mich. Man bemerkte mir, daß man den Landesvertheidigungsausschuß wegen seiner revolutionären Maßregel vom 3. Mai nicht bestehen lassen könne. Ich erklärte, nach Befinden die Beschlüsse desselben modificiren zu lassen, gab nebenbei zu bemerken, daß ich jedes Einrücken von preussischen Truppen als eine feindliche Invasion betrachten würde, und machte endlich die Centralgewalt darauf aufmerksam, daß man selbst im äußersten Falle vor einer provisorischen Regierung nicht zurückschrecken dürfe. Mein Mandat beauftragte mich, die Beschlüsse des Ausschusses vom 3. Mai durch ihn selbst aufheben zu lassen, und falls es nothwendig wäre, sie von Reichswegen aufzuheben. Am 5. Mai reiste ich ab, ich begab mich am 6. zu einer Volksversammlung nach Neustadt. Zuerst trat ich jedoch mit dem Regierungspräsidenten zu Speyer ins Bernehmen, machte ihn auf das Widerstreben des Frankfurter und des bayerischen Reiches aufmerksam und erhielt die Erklärung, er werde der Bewegung keine Hindernisse in den Weg setzen, wenn sie nicht gegen die Landesgesetze verstoße. In Neustadt fand ich einen Jubel in der Bevölkerung wie ich seit den Tagen des März keinen ähnlichen in Deutschland erlebt habe. Die Bürgerwehr stellte sich mir zur Verfügung. Allein diese Begrüßung galt nicht meiner Person, es war der Jubel des Gefühls, daß man hoffte, es werde von hier aus ein anderer Weg eingeschlagen, der Hoffnung, daß man in der Paulstische endlich begriffen, was zu thun sei. (Bravo.) Sofort nahm die Bewegung die Richtung an, welche ich in meiner Proclamation angege-

ben, ich überzeugte mich, daß man gesonnen war, der rein deutschen Bewegung einen gesetzlichen Halt zu geben. Sofort begab ich mich nach Kaiserslautern. Bei der Lage der Dinge im Lande war es einfach, daß der Landesvertheidigungsausschuß des Landes von allen Seiten sich der Zustimmung erfreute. Die Mannschaft stand ihm zur Verfügung, Geldsammlungen, an denen sich die Wohlhabendsten mit Beiträgen von 100, 200, 300 fl. beteiligten, waren im Gange. (Bravo.) Es war irrig, zu glauben, der Landesvertheidigungsausschuß sei durch eine plötzlich zusammengekommene Volksversammlung gewählt worden. Der Centralausschuß der Volksvereine hatte Alle, die sich als Bürger legitimiren konnten, die Führer der Volkswehr, die Mitglieder des Parlamentes zu einer Vorberathung zusammenberufen, aus deren Beschlüssen der Landesvertheidigungsausschuß hervorging. Ich fand in dem Ausschusse die verschiedenen politischen Fractionen vertreten, der äußersten, wie der mehr nach rechts liegenden, nach meiner Ansicht nämlich gibt es über die Fraction der Westend-halle hinaus kein weiteres Rechts mehr. (Heiterkeit.) Auf meine Vorstellungen hin bestimmten sie, sich in dem Sinn meiner Bekanntmachung fügen zu wollen. Sie, meine Herren, haben in ihrem Beschlusse vom 10. Mai das deutsche Volk aufgefordert, die deutsche Verfassung durchzuführen. Ich gab ihnen für den äußersten Fall die Befugniß, gegen gewaltsame verfassungsfeindliche Angriffe gleichfalls gewaltsam vorzuschreiten. Durch meine Veranlassungen hinderte ich weitergehende Beschlüsse und glaube so mein Mandat erfüllt zu haben. Die Pfälzer sind ein Volk, welche seit 50 Jahren in dem vollsten Genuße der Freiheit leben, sich der einfachsten Einrichtungen erfreuen. Man hatte die Nothwendigkeit begriffen, Bayern gegenüber sich für die Verfassung zu erklären, man fühlte sich auf festem Boden, man wollte die neue durch die Volkssouveränität in Frankfurt geschaffene Freiheit retten. Diesen Umstand berücksichtigend handelte ich. Man kann mein Mandat doctrinär auslegen und finden, daß ich Unrecht handelte, allein darauf werde ich nicht antworten, es müßte sonst alles als un-wahr erklärt werden, was ich Ihnen von der Gefügigkeit und dem Gesetzegefühle der dortigen Bevölkerung sagte. Würde man es, so müßte ich glauben, die Centralgewalt habe sich nur gestellt, als ob sie etwas thun wollte, sie habe aber wieder nur lau Wasser geboten. (Beifall.) Ich verstehe nicht, inwieweit ich die Tragweite meines Mandats nicht begriffen haben soll, vielleicht weil ich die preussischen Truppen zurückbeordnete, welche auf das Verlangen des Commandanten von Landau für jene Festung bestimmt wurden. Das Gerücht war in der Pfalz verbreitet, daß Preußen kommen, die Aufregung war eine ungeheure. Was konnte ich Besseres thun? Man kennt die feindliche Gesinnung des preussischen Cabinets gegen die Verfassung und besorgt darum Alles. Ich bin weit entfernt, die preussischen Truppen mit ihren Führern zu verwechseln und diese wieder mit den obersten Leitern, ich bin weit entfernt, die Schandthaten, welche von preussischen Truppen in Dresden verübt wurden, identificiren zu wollen mit dem preussischen Volke. (Großer Beifall.) Allein hier war diese Maßregel geboten. Aber in dem Augenblicke, wo es mir gelungen war, die Centralgewalt zu popularisiren, war man von hier aus wieder bemüht, das Gegenheil zu thun. In Neustadt war bereits das Volk unter den Waffen, die Bevölkerung lag am Bahnhofe wie eine Rage vor der Mausefalle (Heiterkeit), und ich sage Ihnen, wären die Truppen gekommen, es wäre ein Massacre gekommen, wie wir noch keines in unserer Revolution erlebt, die Truppen wären nicht lebendig aus dem Eisenbahnzuge gekommen. Die Pfälzer haben wegen der früheren wiederholten Angriffe auf ihre Freiheit ein politisches Mißtrauen, und so wie früher gegen Bayern, so jetzt gegen Preußen. Ich begab mich nach Landau; ich fand in dem Commandanten der Festung einen echt deutsch gesinneten General. Ich fragte ihn, warum er den Kriegszustand erklärt habe. Er antwortete mir auf meine Frage, daß er die Besetzung gegen Außen schügen zu müssen glaube, dieselbe sei demoralisirt und lebe in einer gewissen Fraternität mit der Bürgerschaft. Ich erklärte in meinem Sinne, daß ich eine solche Demoralisirung eher eine Moralisierung nennen möchte. (Heiterkeit.) Ich sagte ihm, keine Truppen, und seien es bayerische, in die Festung zu lassen ohne Befehl der Centralgewalt, und ob er die Besetzung nicht beendigen lassen, wodurch dieselbe aus ihrer zweifelhaften Stellung käme. Der General erklärte mir, er sei sehr bereit dazu, das zu thun, sobald ihm von seiner Oberbehörde der Befehl dazu werde. Ich freute mich über diese Gesinnung eines deutschen Generals, sondirte hierauf die Truppen, natürlich die Gemeinen, und fand bei ihnen denselben Geist, wie in der Pfalz; ich fand, daß die bayerischen Truppen wohl auch ohne Befehl auf die Preußen geschossen hätten, wenn sie hingekommen wären. In Zweibrücken, wohin zu gehen ich auch aufgefordert wurde, drückte man mir Namens des

Ausschusses den Wunsch aus, um der Bewegung einen festen Halt zu geben, möchte man 3 Bataillone echter schwarz-roth-goldener Truppen in die Pfalz senden, um die Punkte Kaiserslautern und Zweibrücken zu besetzen. Ich schrieb nach Frankfurt und verlangte das Frankfurter Bataillon, ein heßisches und ein württembergisches. Die Antwort auf meine Depesche war die Zurücknahme meines Mandats. (Hört! Pfui! links.) Ich bekam dieses Abberufungsmandat um 12 Uhr Nachts, als von Homburg her die Sturmglocken läuteten. Wie ein Lauffeuer ging die Botschaft durch die Stadt, man machte allerlei Combinationen, das Mißtrauen wuchs. Ich veröffentlichte diese Nachricht in einer Proclamation, bedauerte aber sehr, daß man mich nicht wenigstens durch meinen Nachfolger abberufen ließ und die Pfalz so fort-dauernd unter den Schutz des Reichs stellte. Meine Herren, ich will nicht die Folgen dieses Schrittes verantworten. Als ich an die Rheinschanze kam, fand ich, daß sich dasige bayerische Truppen auf den Boden der Verfassung gestellt hatten, sie ersuchten ihre Offiziere, dasselbe zu thun. Als diese es verweigerten, schickten sie eine Deputation an dieselben und ließen sich einen Revers unterschreiben, nicht gegen die Reichsverfassung kämpfen zu wollen. Ich gab meine vollkommene Billigung über das Geschehene zu erkennen (Heiterkeit) und die Truppen wurden sofort nach Kaiserslautern geschickt. Der Redner ersucht dringend, die Pfalz nicht lange ohne Reichsschutz zu lassen. Ich habe gesehen, fährt er fort, zu welchen Schritten man gehen muß, jezt, da man sich wieder schuzlos findet. Dazu bietet die Proclamation des dortigen Ausschusses, welche jedoch wieder den legalen Sinn der Pfälzer darthut, einen Beleg. Der Redner verliest die Proclamation, durch welche die Pfälzer auf den 17. dieses Monats nach Kaiserslautern gerufen werden, um über eine provisorische Regierung zu berathen und sie zu wählen. Das sind die Folgen. Wenn Sie nicht von hier aus rasch wieder gut machen, was durch Lässigkeit verdorben worden, so stehe ich Ihnen nicht gut dafür, daß nicht besonders durch fremde Einflüsse die dortige Bewegung einen ganz anderen Charakter annehme. Ich glaube Ihnen geschildert zu haben, was es mit der Bewegung in der Pfalz für eine Bewandniß hat, sie ist hervorgegangen aus dem tiefen Unwillen eines freien Volkes, welches sich verletzt sieht in seinem Rechtsgefühl. (Beifall.) Der Redner wirft hierauf einen Blick auf die Vorgänge in Sachsen, seinem Vaterlande, wo die rothe Monarchie während seiner Abwesenheit gesiegt; er macht der Versammlung Vorwürfe über die abwartende Haltung, die sie gegenüber Sachsen, gegenüber dem brennenden deutschen Florenz beobachtet, in welchem preussische Bajonnette die Bestrebungen für die Verfassung niederhielten. Täuschen Sie nicht, meine Herren, die Hoffnungen der Nation, hüten Sie sich, daß sich ihr Segen nicht in Fluch verwandle, helfen Sie der Pfalz mit Entschiedenheit und Entschlossenheit. (Großer Beifall links und auf den Galerien.)

Interimistischer Reichsministerpräsident v. Gagern: Es ist Niemand von uns, der sich nicht freuen wird, wenn in einem Lande einstimmig die Verfassung anerkannt wird, die legale Erhebung der Pfalz hat unsere ganzen Sympathien. Aber die genauen Grenzen dieser Bewegung zu bestimmen und einzuhalten, war die Aufgabe Herrn Eisenstuck's. Die Auseinandersetzung, welche er Ihnen soeben gegeben, erleuchtet mir sehr meine Aufgabe, denn jeder Unbefangene muß einsehen, daß eine so einseitige Parteauffassung unmöglich Hand in Hand mit einer Verwaltung gehe, wie die unfrige ist. Der Redner verliest die Herrn Eisenstuck gegebene Vollmacht, worin besonders die Aufrechterhaltung der Gesetze dem Reichscommissär zur Aufgabe gestellt wird. Ein Hauptauftrag von ihm war, die Beschlüsse des Landesvertheidigungsausschusses entweder durch den Ausschuß selbst aufheben zu lassen oder sie von Reichswegen aufzuheben. Der Redner erzählt, wie er dazu gekommen, Herrn Eisenstuck zu schicken. Es geschah auf die Bitte von Pfälzer Abgeordneten aus der Nationalversammlung und aus dem bayerischen Landtage. Sie drückten den Wunsch aus, daß man es zu verhindern suchen müsse, daß die Pfalz nicht der deutschen Bewegung voraneile. Man machte mich aufmerksam darauf, daß ich einen Mann hinschicken müsse, der dort allgemeines Vertrauen genieße und der linken Seite des Hauses angehöre. Ich folgte diesem Rathe, und wenn ich in Herrn Eisenstuck einen Mann schickte, der meine Gesinnung nicht theilt, so geschah es in der Hoffnung, daß derselbe Alles anwenden werde, um zu beschwichtigen, um Ruhe herbeizuführen und die Pfalz, nach dem Wunsche der Abgeordneten, vor Ueberstürzung zu wahren. Wenn ich dadurch einen Fehler begangen habe, so bereue ich es jezt und trage den Schaden davon. Ich glaube es, daß die Anwesenheit des Herrn Eisenstuck eine gute Wirkung auf die Massen hervorbrachte, aber Herr Eisenstuck hätte nicht eine Behörde wie den Ausschuß von Reichswegen über alle übrigen Behörden des Landes setzen sollen, dies überschritt sein Mandat, eine solche Verfügung stünde nicht

dem Ministerium ohne Einwilligung der bayerischen obersten Behörden zu. Der Commandant von Landau hatte berichtet, daß er sich auf seine Mannschaft nicht verlassen könne, und daß sich auf der französischen Grenze eine Zahl polnischer und meist fremder Offiziere aufhalten, welche bereit seien, sich an die Spitze der Volksbewaffnung zu stellen, und daß er um Verstärkung bitte. Das dahin bestimmte preussische Bataillon hatte die Pfalz bereits auf einem anderen Wege durchschritten, war bis 4 Stunden vor Landau gekommen, war gut empfangen und genährt worden, nur in die Städte ließ man es nicht ein. Hr. Eisenstuck hat die Vollmachten jedes Civilcommissärs überschritten, indem er in einer Reichsfestung Anordnungen traf, die nur dem Obercommandanten der Festung zustehen. Es mag das aus entschuldbarer Unwissenheit geschehen sein, und es war vielleicht ein Fehler des Ministeriums, ihn nicht darauf aufmerksam gemacht zu haben. Ich bedaure, daß damals eine Verstärkung der Garnison nicht stattgefunden hat, die Folgen zeigen, wie nothwendig sie gewesen wäre. Was die von Hrn. Eisenstuck als eine freiwillige bezeichnete Vereidigung der Truppen betrifft, so ist sie nicht zu rechtfertigen, sie läuft den Beschlüssen dieser Versammlung entgegen, eine solche Freiwilligkeit verträgt sich nicht mit dem Organismus des Staates. Dem Verlangen nach 3 Bataillonen hat nicht Folge gegeben werden können, weil das Ministerium wußte, daß die Pfalz kein Angriff bedrohte. Wie hätte durch sie nach dem Wunsche des Ausschusses der Bewegung ein festerer Halt gegeben werden sollen? Anstatt zu beschwichtigen, regte Hr. Eisenstuck auf. Man lese die Proclamation, worin derselbe der Bevölkerung jurzt: „Vielleicht sehen schon jetzt feindliche Heere an Euren Grenzen!“ Diese Proclamation war gewiß nicht zu beschwichtigen geeignet. Das Ministerium ist wahrhaftig nicht an dem Schuld, was in Dresden geschehen, und wenn es die Truppen auf Dampfwagen hätte hinschicken können, so wären sie nicht mehr zur rechten Zeit gekommen. Der Redner erklärt sich für den Antrag der Minorität, er findet ihn übereinstimmend mit dem ernstlichen Bestreben, festzuhalten an der Verfassung auf dem Boden, den er schon öfters von dieser Tribune herab bezeichnet hat. (Beifall.)

Die Discussion wird hiermit als geschlossen erklärt. Die Berichterstatter haben noch das Wort. — Abg. Haubenschmid bringt einen Antrag auf motivirte Tagesordnung ein. — Abg. Zacharia spricht als Berichterstatter der Minorität für den Antrag derselben.

Schließlich erhielt noch Abg. Umbcheiden als Berichterstatter der Majorität das Wort. Er widerlegt zuerst einige Behauptungen des Ministers, verteidigt das Verhalten Eisenstuck's, welches er als das für die Pfalz allein geeignete erklärt. Er liest einen Brief des Bürgermeisters Kolb von Speyer, welcher es bekräftigt, daß die Aufregung wegen des Gerüchtes der Einrückung von Preußen eine ungeheure gewesen, billigt die Maßnahmen des Reichscommissärs in Landau, da doch der Festungscommandant auch unter dem Befehle des Ministeriums stehen müsse, sieht darin, daß man die auf einem andern Weg angerückten Preußen verdrängte, nur den bekannten guten Sinn der Pfälzer; er schließt mit der Bitte, sich der Pfalz anzunehmen im Sinne des Majoritätsantrags. Der Redner verläßt die Tribune unter dem Beifalle der linken Seite.

Es wird hierauf zur Abstimmung geschritten. Der Antrag von Haubenschmid auf motivirte Tagesordnung findet keine Unterstützung. Zuerst gelangt zur Abstimmung der Antrag der Majorität. Da das Ergebnis der Abstimmung durch Aufstehen und Sitzenbleiben zweifelhaft ist, wird zur Abstimmung mit Stimmzetteln geschritten. Der Antrag wird mit 180 gegen 136 Stimmen abgelehnt. Der Antrag der Minorität wird angenommen. — Ein Zusatzantrag des Abg. Culmann u. G.: Das Ministerium aufzufordern, abermals einen Reichscommissär in die Pfalz zu schicken, welcher diese Thätigkeit in derselben Richtung zu entwickeln habe, wie dies von Herrn Eisenstuck geschehen, wird abgelehnt.

Der Vorsitzende verliest einen Dringlichkeitsantrag des Abg. Mittermaier: „Die Centralgewalt aufzufordern, zwei Reichscommissäre mit ausgedehnter Vollmacht ungefähr nach Baden zu schicken, um die nöthigen Maßregeln im Interesse des Landes, des Reiches und der Reichsverfassung zu treffen.“

Abg. Mittermaier: Die Zeit eilt u sehr, wir dürfen nicht säumen. Durch den unbedeutenden Widerstand einiger deutschen Fürsten gegen die Verfassung hat sich in Baden ein trauriger Zustand entwickelt, wir müssen trachten, ihn auf den Weg der Gesezlichkeit zurückzuführen.

Abg. Bus: Mein Vaterland ist wirklich in vollständiger Auflösung begriffen, der Großherzog ist geflohen, die Volksvertreter desgleichen, die Armees ist desorganisirte. Wären die Volksvertreter geblieben, dann wäre es nicht so weit gekommen. (Heiterkeit.)

Der Antrag des Abg. Mittermaier wird als dringlich anerkannt und angenommen. — Die nächste Sitzung wird auf morgen Mittwoch den 16. Mai 4 Uhr anberaumt. — Schluß der Sitzung 8 $\frac{1}{2}$ Uhr.

Deutschland.

○ **Frankfurt**, 15. Mai. Gestern versammelte sich der Congreß der deutschen Nationalvereine im Gasthof zum Weidenbusch. Mehr als 100 Vereine sind durch 72 Abgeordnete vertreten. Preußen und Oesterreich sind nicht repräsentirt. In dieser vorbereitenden Sitzung wurde zum Präsidenten erwählt: Prof. v. Sybel von Marburg. Dann wurden folgende Gegenstände behandelt: Auf den Antrag verschiedener Abgeordneter wurde beschlossen: die Mitglieder der Nationalversammlung aufzufordern, auf ihrem Posten zu beharren und nicht auszureiten. Dann kamen mehrere Anträge zur Sprache, dahin gehend: in einer Adresse das Parlament aufzufordern, aus denjenigen 29 Staaten, welche die Reichsverfassung angenommen haben, einen provisorischen Centralstaat zu bilden. Dieser Antrag wurde nach längerer Debatte verworfen. Eine

weitere Erörterung entspann sich über den beantragten Anschluß des Nationalvereins an den Märzverein. Gegenbauer: Ich stelle den Antrag, daß der Nationalverein sich mit dem Märzverein vereinige, und eventuell: der Congreß der Nationalvereine ermächtigt den Vorort, alle zur Durchführung der Reichsverfassung nöthigen Schritte gemeinsam mit dem Centralmährverein zu unternehmen. Beide Anträge werden abgelehnt, dagegen wird der folgende zum Beschluß erhoben: In Erwägung, 1) daß der Reaction gegenüber eine Verbindung aller Vaterlandsfreunde dringend geboten ist; 2) daß der Märzverein laut seiner Erklärung vom 7. d. M. dasselbe Ziel verfolgt, wie der Nationalverein, „die Aufrechthaltung der von der Nationalversammlung endgültig beschlossenen Reichsverfassung“, beschließt der Nationalcongreß: 1) dem Centralmährverein seine Bereitwilligkeit zu erklären, mit ihm zur Verfolgung seines Zweckes in Verbindung zu treten und zwar in der Art, daß a) jeder der beiden Vereine seine Organisation beibehält; b) daß aber eine Verständigung über die zu ergreifenden Maßregeln und wechselseitige Mittheilung aller gethanen Schritte stattfindet; daß es den Einzelvereinen in den Orten, wo ein Märzverein und ein Nationalverein bestehen, überlassen bleibt, ihr gegenseitiges Verhältnis zu regeln. c) Einen Ausschuss von fünf Mitgliedern mit der unverzüglichen Ausführung dieses Beschlusses zu betrauen. Die nächste Sitzung wird hierauf für den 15. Mai, Morgens 9 Uhr, anberaumt.

○ **Prag**, 11. Mai. Zwei neue Placate werden veröffentlicht; das eine, unterzeichnet von dem Interimcommandanten Feldmarschalllieutenant Rhevenhüller, enthält nähere Bestimmungen über den Ausnahmezustand; die Kaffee- und Wirthshäuser müssen um 11 Uhr geschlossen werden, von welcher Stunde der Uebergang über die Brücken nur einzelnen Personen gestattet ist. Die Entwaffnung der kleinsten Nationalgarde wird zurückgenommen, doch müssen sich die Garden zum Ausrücken auf der Altstadt versammeln. Das andere Placat vom Bürgermeister Wanka Namens des Stadtverordnetencollegiums enthält nebst der Bitte an die Mitbürger, sich ruhig zu verhalten, damit die Freiheiten nicht noch mehr geschmälert werden, einen wenn auch verhüllten, doch ziemlich scharfen Tadel gegen das unvermuthete Verkünden des Belagerungszustandes, der, wie die Kundmachung sagt, ohne die Einwilligung und Wissen des Bürgermeisters und der Stadtverordneten verhängt wurde. Zugleich wird die Erklärung veröffentlicht, daß man Alles anbietet, um die Veröffentlichung der Gründe über die eingetretene militärische Strenge zu erlangen. — Mit Ausnahme der Brücken, der Anhöhen und des Bahnhofes sind die Truppen von den meisten Orten zurückgezogen worden; doch langen stündlich Verstärkungen an Infanterie und Cavallerie an. — Die Redacteure sämtlicher Blätter waren heute Morgen beim J. M. L. Rhevenhüller vorgeladen, wo ihnen die Verhaltungsmaßregeln mitgeteilt wurden, und vor aufreizenden Artikeln unter Androhung der Confiscation und kriegsrechtlicher Behandlung gewarnt wurde. — Ueber die eigentliche Verschwörung circuliren die abenteuerlichsten Gerüchte; man spricht von proponirter Erstürmung des Wischerads, des Zeughauses, von Judenrawallen; und am meisten scheinen die Befürchtungen vor Verleitung des ungarischen Regiments der Grund der Verhängung des Belagerungszustandes gewesen zu sein. (D. N. 3.)

○ **Marienburg** in Preußen, 10. Mai. Aus allen größeren Städten Westpreußens, wie Elbing, Marienwerder, Thorn und Marienburg, gehen Adressen nach Berlin ein, welche Sr. Majestät dem König den tiefsten Schmerz der Bewohner über die Regierungsweise des Ministeriums Brandenburg-Manteuffel kund thun. In Saalfeld und Marienwerder wurden große Volksversammlungen abgehalten, um die Bürger, in Stunden der Gefahr, zum Wohle des Vaterlandes wach zu halten. Viele Tausende waren aus allen Nachbarstädten zusammengekommen und erklärten einstimmig, mit aller Kraft festzuhalten an den Beschlüssen der Frankfurter Nationalversammlung. Auch ward diese Erklärung an das Ministerium eingesandt. Dagegen herrscht auf dem Lande, besonders unter den reichen Bauern der Weichsel-Werder, eine entgegengesetzte Stimmung; sie wollen von einer deutschen Einheit und Aufhebung des Berliner Belagerungszustandes nichts wissen und sind zufrieden, wenn Alles beim Alten und in Ruhe bleibt und nur ihr Waizen gut preist. — Unsere Landwehr soll aus Neufahrwasser nach Bromberg rücken und dort durch das zweite Aufgebot ersetzt werden.

○ **München**, 13. Mai. Die Agitation für die Reichsverfassung in München bewegt sich äußerlich in so vereinzelten Schichten, daß ohne ein sehr energisches Auftreten der Kammern der Hof wohl kaum Veranlassung finden wird, darin die Manifestation der öffentlichen Meinung zu erkennen. Die Bewegungen in den fränkischen Provinzen werden, so wie jene in der Pfalz, als durchaus republikanisch bekämpft, diejenigen in Schwaben und einem Theil von Niederbayern und Oberpfalz ignorirt; die Ereignisse in Sachsen haben jedenfalls das bayerische Franken etwas herabgestimmt, und ich glaube kaum, daß in Bayern von einem moralischen Zwange durch allgemeine Volksstimmung die Regierung kann bewegt werden, ihre entschiedenen ausgesprochenen Bahn zu verlassen. Es bleiben also, wie gesagt, nur die Kammern übrig, von deren etwaigen Maßregeln noch irgend eine Wirkung abhängen kann, obgleich nach meiner Ansicht auch das entschiedenste Auftreten derselben zu einer durchaus unbedingten Anerkennung der Reichsverfassung nicht führen wird. Die Minister, insbesondere v. d. Pfordten (denn die übrigen außer Lesutire sind nicht viel mehr als Bureauchefs), haben übrigens merkwürdigerweise die feste Ueberszeugung, daß die Majorität der Kammern mit ihrem Verhalten einverstanden sein werde; ich weiß nicht, geben sie sich wirklich der Meinung hin, als stimme die wahre Mehrheit des bayerischen Volkes nicht für unbedingte Gültigkeit der Reichsverfassung, oder haben sie einen andern Plan im Hintergrunde: genug, sie erwarten mit einer Ruhe die völlige Zustimmung der Kammern, daß sie sogar schon eine Nachricht, als solle die Kammer aufgelöst werden, mit Indignation als Verdächtigung zurück-

weisen ließen. Was soll daraus entstehen? Vielleicht rechnet das Ministerium auf die falsche Politik der Ultras; daß die Pfälzer Deputirten nicht kommen werden, hält man für ausgemacht; aber selbst aus Franken taucht der wahnsinnige Plan auf, die Liberalen sollten gar nicht zur Kammer kommen. Freilich, wenn solche ganz kindische Politik getrieben würde, dann wäre die particularistische Richtung Bayerns gerettet. Glaubt man denn mit solchen Maßregeln der Regierung zu schaden und zu trogen? Im Gegentheil wird die Sache der Reichsverfassung durch solches Verhalten heruntergedrückt. Wir sind zwar, wie schon erwähnt, allerdings nicht der Meinung, daß, wie jetzt die Dinge stehen, das Ministerium oder die specifisch-bayerische Politik einer Kammerabstimmung weichen werde. Sollte sich aber zeigen, was die wahre Ansicht der Mehrzahl des bayerischen Volkes ist, wenn etwa das Ministerium gezwungen wäre, die Kammer aufzulösen, und aus den Neuwahlen dieselbe Kammer hervorgeht, so würde dies eine unermesslich größere Wirkung haben, als je ein Putsch in Nürnberg oder Bamberg würde erreichen können. Höheren Orts scheint man übrigens darauf gefaßt, es werde hier in München während der Kammeritzungen zu einem ernsthaften Kampf kommen; die Truppen beziehen ein Lager vor der Stadt, und jenseits der Isar auf dem sogenannten Gasteigberge, einer Anhöhe, von der aus man die ganze Stadt beherrscht, soll eine besetzte Stellung von der Artillerie eingenommen werden. Das Geld, welches die mehr als Gerücht gewesene Ministerkrise wieder vermittelte und thunlich macht, die vom Finanzminister zuerst als unmöglich erklärte Einberufung größerer Truppenmassen zu bewerkstelligen, ist das vom König Ludwig gestern mit Zinsen zurückgezahlte griechische Anlehen.

○ **Stuttgart**, 12. Mai. Die zweite Kammer trat in ihrer heutigen Sitzung dem Gesetzentwurf bei, betreffend die Aufhebung der Abgaben von politischen Zeitschriften und die Besteuerung des Einkommens von Zeitschriften, sowie des schriftstellerischen Erwerbs überhaupt. — Die Entwürfe zweier Gesetze wegen Ausfüllung der Lücke in dem Staatsfinanzzhaushalte kamen zur Vorberathung. Das Deficit beträgt in runder Zahl die Summe von 4 $\frac{1}{2}$ Millionen Gulden, welche auf außerordentlichem Wege beizuschaffen ist. Die Regierung ist von dem Plan einer Erhöhung der ordentlichen directen Steuern abgegangen, ebenfowenig ist sie gesonnen, Staatsdomänen zu verkaufen. Sie benützt vielmehr den Staatscredit, und in dieser Hinsicht wird der von der Regierung eingebrachte Gesetzentwurf von der Kammer angenommen in folgender Fassung: Zur Deckung der Bedürfnisse des Staatshaushalts für 1848/49 wird neben den dafür zu verabschiedenden Einnahmen ein Staatsanlehen bis zu 3 Millionen Gulden unter den möglichst billigen Bedingungen angenommen. Ein weiterer Gesetzentwurf betrifft die Errichtung einer Bankanstalt mit der Befugnis zu Emission von 3 Millionen Banknoten, wovon die Hälfte zu einem Vorschusse an die Staatskasse behufs der erleichterten Deckung des Ausfalls im Finanzhaushalte verwendet werden und die andere Hälfte dazu dienen soll, den industriellen und landwirthschaftlichen Gewerben, deren Betriebscapital durch die Ungunst der Zeit geschwächt worden ist, Mittel zum Fortbetriebe zu verschaffen. Diefem Plan der Regierung steht gegenüber 1) das Project einer Bank mit Beteiligung von Privaten, für welches Seybold und Andere sich ausgesprochen; 2) der Antrag auf Staatspapiergeld, vertheidigt von Zeller, Seeger, Stadtmayer. Seeger hält die jegige Zeit für Ausgabe von Papiergeld nicht ungünstig, indem Geld genug vorhanden, dasselbe aber der Circulation entzogen sei, weshalb das Papiergeld durch die baaren Mittel mehr als hinreichend gedeckt wäre, dagegen kann Seybold nicht für Papiergeld stimmen, indem die Ruhe der politischen Welt gestört, die Ueberschüsse des Staatshaushalts verschwendet, der Staatscredit schwankend geworden sei. Im Uebrigen führte für heute die Debatte mit den bekannten Gründen für und wider nicht zum Abschluß. — Gestern fand ein großer Aufruhr statt vor dem Hause eines Weingärtners, Stadtraths und Bürgerwehnhauptmanns, welcher unter der zahlreichen Klasse der hiesigen Weingärtner einen sehr gewichtigen Einfluß ausübt. Derselbe hatte in einem öffentlichen Blatte die Wirksamkeit der zweiten Kammer angegriffen und namentlich gegen diejenigen ihrer Beschlüsse sich geäußert, durch welche alle Mannschaft vom 18. Lebensjahre an zu den Waffen gerufen und dadurch dem Landbau, den Gewerben u. s. w. entzogen werden soll. Auf Zureden des Stadtdirectors verließ sich die Menge bald wieder. In der eigenthümlichen Bevölkerung der Weingärtner hat übrigens unsere Stadt ein Element in sich, welches bei etwaigen Conflicten leicht den Ausschlag geben dürfte, dessen unvergohren, dem Politischen bisher fernstehende Kraft der Partei ebenso zum Schaden gereichen könnte, die ihr unbefugt schmeicheln, als welche sie aufreizen möchte.

○ **Stuttgart**, 14. Mai. Mit 39 gegen 37 Stimmen beschloß die Kammer der Abgeordneten in ihrer heutigen Sitzung, die Staatsregierung zu ermächtigen, in Verbindung mit dem ständischen Ausschusse, beziehungsweise der ständischen Staatsschulden-Verwaltungscommission, Papiergeld anzufertigen zu lassen und in Umlauf zu setzen. Mit dieser ganz geringen Mehrheit wurde also der Plan des Finanzministeriums zu Errichtung einer Bankanstalt beseitigt. Das Bedürfnis aber und das Verlangen nach einer Bank hatte sich seit einem Jahr im Volk und in der Kammer geltend gemacht, und die Regierung wollte durch ihren Plan das wichtige Mittel eines unverzinsten Creditpapiers zur Verminderung des Deficits im Staatshaushalt mitbenützen. Der Staat hätte die Bank selbst unternommen und mit einem Theile seines Vermögens fundirt, dessen Werth zwar gesichert, dessen Flüssigmachung aber im Augenblick größtentheils noch nicht erfolgt ist, sondern erst in Aussicht steht. Einen Beweggrund zu der Anwendung dieses Mittels hatte die Regierung auch in dem

*) Wohl mit Unrecht; denn directe Nachrichten aus Rheinbayern belegen, daß pfälzische Abgeordnete zur zweiten Kammer bereits nach München unterwegs sind. Red. d. D. N. 3.

Beispiel aller unserer Nachbarstaaten, namentlich in neuester Zeit Badens, beider Hessen, Nassaus, gesehen. Die Papiere dieser Staaten kommen zuverlässig bei uns in den Verkehr, wie dies mit den bayerischen Banknoten, mit denen der schweizerischen Banken, mit dem preussischen und sächsischen Papiergeld geschehen ist. Endlich bezweckte das Ministerium, durch diese Bank den Weg zu dem Uebergang in eine Privatanstalt anzubahnen. Mit der Gründung einer Bank hätte sich, wie Schweickardt zeigt, die Geschäftsthätigkeit bei Gewerben und Landwirthschaft außerordentlich erhöht, am leichtesten wären durch dieselbe Summen auch aus fernen Gegenden herbeigeschafft worden, wie die Banken von St. Gallen, Basel, Zürich beweisen. Eine wohlfundirte Bank hätte dem Staate weit mehr Chancen zur Benützung seiner Hilfsmittel gewährt, als die Ausgabe von Papiergeld, und im Laufe der nächsten fünf und zwanzig Jahre, wo in Folge der Ablösung viele und große Capitalien eine Verwendung suchen, wäre eine Bank von entschiedenem Nutzen, sogar ein von den dringendsten Interessen des Staates gebotenes Institut gewesen. Das Regierungsproject war, Banknoten im Werth von 3 Mill. Gulden auszugeben; nach den Erfahrungen und Vorgängen anderer Länder, von denen nur die Ausgabe von 4375,000 fl. Kassenscheine in Kurhessen zu erwähnen ist, hätte bei uns die Notenausgabe bedeutend vermehrt werden können. Zeller als Berichterstatter der Mehrheit der Finanzcommission, welche für Papiergeld ist, führt die Ansicht aus, daß für die Privatindustrie durch unter öffentlicher Verwaltung stehende, von den einzelnen Bezirken gegründete und aus Staatsmitteln unterstützte Bezirksleihen, auch ohne Vermittlung einer Centralbank, genügend gesorgt werden könne, und daß die weiteren Vortheile, welche eine solche Bank erwarten ließe, sobald diese nicht als Privat-, sondern als Staatsunternehmen austräte, durch die aus der Schwerfälligkeit ihrer Bewegung, aus der kostspieligen Verwaltung und Controle, und aus dem voraussichtlich zweifelhaften Credit der Staatsbank entspringenden Nachteile gewiß überwogen würden. Auch aus politischen Rücksichten sei die Ausgabe von Papiergeld vorzuziehen. Die Freiherrn v. Barndüser und v. Wöllwarth waren für keines dieser beiden Projecte, sahen namentlich durch die ständische Controle den Mißbrauch des Papiermachens nicht beseitigt, und hätten es am liebsten gesehen, wenn der Staat für sein ganzes Bedürfnis ein baares Anlehen aufgenommen hätte. Freiherr v. Hornstein hatte die Ausgabe von verzinlichem Papiergeld gewünscht, drang aber auch nicht darauf.

Ueber die Bewegung in Baden tragen wir aus dem „Schw. Merkur“ Folgendes nach: **Karlsruhe**, 13. Mai. Gestern war viel Bewegung in der Stadt; spät Abends erfuhr man noch, daß der Militäraufbruch in Rastatt keineswegs beendigt sei, und heute Nacht gegen 1 Uhr kamen General Hoffmann, mehrere Offiziere der Rastatter Garnison und eine Anzahl Dragoner, die gestern Morgen dahin abgingen, auf der Flucht hierher zurück. Es muß ein großer Wirwar daselbst geherrscht haben; sogar die Fahne, die in so vielen Schlachten siegreich und ruhmvoll getragen wurde — zur Schmach dieses Regiments muß ich es sagen — ward, der allgemeinen Erzählung nach, in den Roth geworfen, bis sie ein entschlossener Hauptmann, Herr Walz, mit einigen treugebliebenen Soldaten unter eigener Lebensgefahr den aufgewühlten Festungsarbeitern wieder entriß. Heute Nacht 1 Uhr und diesen Morgen in aller Frühe war Staatsrath hier. Die Festung war ganz in Händen der aufrührerischen Soldaten und Einwohner, und es soll der Bahnhof von ihnen besetzt und auf die Bahn mit Kanonen gefeuert worden sein. Es circuliren zu vielerlei Gerüchte, die ich nicht verbürgen kann und daher lieber übergehe. Doch als heute Morgen die Festungsarbeiter (wie man sagt, etwa 700 Mann) die Stadt plündern wollten, kam die Bürgerschaft zur Besinnung und schritt im Verein mit den Soldaten ein. Diese sollen nun auch ihre Offiziere wieder verlangen, den Festungsdienst in Gemeinschaft mit der Bürgerwehr und den Oesterreichern, die alle auf die Reichsverfassung geschworen haben (?), ordentlich besorgen. Die letzten Nachrichten aus Rastatt lauten beruhigender. — Heute in aller Frühe stellte sich eine Deputation aus dem Oberlande bei dem Großherzog ein, welche u. A. sofortige Entlassung des Ministeriums Bess verlangte und ein Ministerium Christ-Brentano vorschlug und allgemeine Amnestie haben wollte. Ihre Forderungen wurden, wie ich aus verlässiger Quelle hörte, abgewiesen, doch hörte ich diesen Abend wieder behaupten, Bess sei abgetreten. Etwas Officielles ist bis diesen Abend nicht bekannt geworden. Heute Mittag 12 Uhr wurde die ganze Garnison und Bürgerwehr, die auf dem Schloßplatz ein Bivierek gebildet haben, durch den großherzoglichen Commissär, geh. Rath und Stadtdirector Stöber, auf die Reichsverfassung feierlichst beidigt, und am Schluß der Feier dem Großherzog ein warmes, dreifaches Hoch ausgerufen. Hierauf wurde am Schloß vor Sr. k. Hoheit vorbeifilirt. Man erwartet in Bälde eine Zahl Reichstruppen, die schon diesen Nachmittag eintreffen sollten (12,000 Mann Württemberger und Kurhessen). Von Offenburg hörte man gestern Abend nur, daß die Versammlung so stürmisch sei, daß selbst die Führer kaum mehr die Zügel halten können. Struve und Blind sollen von Bruchsal weiter nach Mainz gebracht worden sein. (Andern Angaben zufolge wären sie befreit worden.) Frau Struve soll an der Rastatter Bewegung Theil haben. In Offenburg wurde ein Landesausschuß ernannt, der seinen Sitz in Rastatt nehmen soll; morgen sollen die heutigen Forderungen wiederholt werden. Alles ist in großer Aufregung: Bürgerwehr ist seit Mittag auf der Wache.

Auch in Karlsruhe ist der Tagesbefehl Sr. kaiserl. Hoheit des Erzherzog-Reichsverweser vom 13. Mai angeschlagen worden.

Die „Karlsruher Zeitung“, bisher Organ der großherzoglichen Regierung und von Dr. Karl Giehe redigirt, ist unter dem 15. Mai als Nr. 1. des „Organ des Landesausschusses“ erschienen und als Redacteur derselben ist

Karl Blind unterzeichnet. Diese erste Nummer enthält eine Proclamation des Landesausschusses, lautend wie folgt:

„Mitbürger! Dreizehn Monate harten Kampfes, dreizehn Monate schwerer Opfer sind vorüber. In solcher Zeit hat uns nur die Hoffnung aufrecht erhalten, daß unser schönes Vaterland die Freiheit erringen, und daß ein Bruderband alle Deutschen umschlingen werde. Doch kaum ist die deutsche Verfassung endgiltig von den Vertretern der Nation festgestellt, so tritt die Verschönerung der Könige, ihre landesverrätherische Verbindung mit dem Czaren von Rußland zur Knechtung des deutschen Volkes, welches im vorigen März seine Großmuth bethätigt hat — es tritt die Contrerevolution feck und unverschleiert hervor. Nochmals soll die absolute Fürstenherrschaft gegründet, nochmals sollen die Ketten geschmiedet werden, die wir im März verflorenen Jahres zerissen haben. Mitbürger! In einem solchen Kampfe konnte die tapfere Armee, konnten unsere und euerer Brüder nicht zweifelhaft sein, daß ihre Pflicht sie auf die Seite des Volkes rief; sie haben es erkannt, daß sie, die Söhne des Vaterlandes, für die Freiheit des Volkes, für die Einheit der deutschen Lande, und für die Größe der Nation fechten sollen. Die Armee hat sich daher mit uns verbunden. Sie kämpft nicht gegen das Volk, sie kämpft nur gegen die Feinde der Freiheit und des Vaterlandes. Diese Verbindung des Heeres mit dem Volk war offenbar kein Grund, daß der Großherzog geflohen ist, wozu ihm verrätherische Minister den Rath gegeben, die dann die Regierung verließen und die Geschäfte des Landes dem Ungefähr anheimstellten. Mitbürger! Eingedenk der Verpflichtung, die wir gegenüber der großen Landesversammlung in Offenburg übernommen, und folgend dem Rufe der Gemeindebehörde hiesiger Stadt, sind wir heute Mittag an der Spitze unserer braven Soldaten hier eingezogen. Wir werden unsere Kräfte daran setzen, bei der Erringung eines volksmäßigen Staatszustandes die volle Freiheit der Person und den Schutz des Eigenthums zu wahren. Wir werden Alles aufbieten, um die Regierungsmaschine im Gange zu erhalten; wir werden auf dem Plage bleiben, den die Pflicht und der Ruf des Volkes uns angewiesen, bis das Volk selbst über die Regierung das Nöthige verfügt hat. Mitbürger! unsere Aufgabe ist eine schwierige. Aber wir fühlen in uns den kräftigen Willen, sie zu lösen. Unterstützt uns überall in unserem Beginnen, und wir zweifeln nicht, daß die Freiheit zum Siege gelangen wird. Der Landesausschuß; und Namens desselben: Brentano, Heinrich Hoff, Richter, A. Goegg, Berner, Nehmann. Karlsruhe, den 14. Mai 1849.“

„Im Auftrage der Executivcommission“ erläßt sodann Herr Eichfeld: 1. an sämtliche Gemeindebehörden des Landes die Aufforderung, „die Soldaten, welche ihre Garnisonsorte verlassen haben, mit allen ihnen zustehenden Mitteln in ihre Garnisonsorte zurückzubringen, um der Sache der Freiheit nützlich zu sein;“ 2. eine Aufforderung an die Offiziere, „sich dem Kriegsministerium zur Verfügung zu stellen, insofern ihnen die Freiheit des Volkes und das Wohl des großen deutschen Vaterlandes am Herzen liegt, und sie sich zu deren Vertheidigung verpflichtet fühlen.“

△ Aus Straßburg, 14. Mai. Am Sonntag Abend erschallten auf einmal, wie auf ein gegebenes Zeichen, längs des rechten Rheinuferes im Großherzogthum Baden die Sturmglöken. Alles griff zu den Waffen, unterstützt von unsern Demokraten, welche an mehreren Orten die Republik ausrufen halsen. In Kehl war die Aufregung sehr groß. Es hat sich seitdem eine so große Zahl hiesiger Bürger nach Rastatt begeben, daß unsere Straßen ganz verdrängt scheinen. Die badischen Soldaten fraternisiren mit den französischen, nachdem die Offiziere der ersten theils die Flucht ergriffen haben, theils eingesperrt worden sind. Und diese badischen Soldaten wollen **deutsche** heißen? Wahrhaftig, diese französischen Nothhelfer und die badisch-französische Verbrüderung eröffnen schöne Ausichten! **Franzosen** in der **deutschen** Reichsfestung Rastatt! Die Bürgerwehr versteht die Wache an der Rheinbrücke und sowohl an derselben als auf mehreren andern Punkten wehen rothe Fahnen.

* **Kassel**, 14. Mai. Das kurfürstl. Staatsministerium hat auf eine an dasselbe wegen Durchführung der Reichsverfassung gerichtete Eingabe von Deputirten von Vereinen und Gemeindebehörden aus neunzehn Städten und fünf Landgemeinden erwiedert, daß die Regierung wie bisher so auch ferner ihre Verpflichtung erfüllen werde, nämlich die Maßnahmen zur Durchführung der Reichsverfassung, soweit dies Kurhessen angeht, ihrerseits fest in die Hand zu nehmen, dagegen aber auch mit allen Mitteln zu verhindern, daß die im Lande herrschende Bewegung vom Boden des Gesetzes fortreiße. Die verlangte Absendung eines Deputirten zu dem von der Krone Preußen vorgeschlagenen Congresse sei von der Regierung abgelehnt worden; die Beidigung des Volks — einschließlich des Militärs und der Beamten — auf die Reichsverfassung werde erfolgen. Schließlich erklärt das Ministerium in seiner Erwiderung, daß die Regierung mit aller ihr zu Gebote stehenden Kraft jeden Angriff auf die Reichsverfassung abwehren werde, es möge nun ein solcher durch absolutistische oder republikanische oder anarchische Tendenzen geleitet werden. Diese entschiedene und in fruchtbarem Handeln vorschreitende Antwort des Gesamtministeriums auf die Anträge der hier zusammengetretenen Deputirten vieler Vereine und Gemeinden hat, wie die „Kasseler Allg. Ztg.“ schreibt, die Wirkung, welche sie haben mußte, nicht verfehlt. Gleich nach ihrer Bekanntmachung begab sich der Commandeur der Bürgergarde, mit dem Stab derselben, welcher am Morgen bereits mit dem Offiziercorps zur Berathung im Regimentecommando versammelt war, ins Ministerium, um dasselbe der freudigen und thatkräftigen Zustimmung der Bürgerwehr zu versichern. Sie erklärten auch, in allen Fällen zu dem Ministerium zu stehen. Der Vorstand des Ministeriums des Innern erwiederte, daß der Ausdruck dieser Gesinnung ihm bei seiner schweren Pflichterfüllung neue Kraft gewähre, und der Vorstand des Kriegsministeriums sprach die freudige Uebereinstimmung des Militärs mit diesen

Gesinnungen aus. Die Antwort des Ministeriums auf die Petition wurde in den verschiedenen und zahlreichen besetzten Posten der Bürgerwehr verlesen und mit einem lauten Hoch für die Staatsregierung begrüßt. Die Deputirten selbst zeigten sich nicht in gleichem Maße zufrieden. Auf den Antrag eines derselben wurde die Antwort des Ministeriums einer Commission übergeben, in deren Namen Herr Bayrhammer berichtet hat. Diese Commission erklärte sich für die meisten Anforderungen durch die Antwort des Gesamtstaatsministeriums nicht befriedigt. Eine weitere Petition an das Gesamtstaatsministerium, sowie die Zurücklassung eines ständigen Bureaus wurde beschlossen. Die Hanauer und einige andere Deputirte wollten bis zum andern Morgen hier verweilen, um die weitere Antwort des Staatsministeriums entgegenzunehmen.

In einer Volksversammlung zu Marburg am 4. d. M. ist beschlossen, das Ministerium um sofortige Einberufung der Ständeversammlung, Beidigung des Militärs, der Beamten etc. zu bitten, Volksbewaffnung anzuordnen etc. Bei einer Volksversammlung zu Wetter am 6. wurde von allen Anwesenden die Reichsverfassung feierlich anerkannt; die Herren Bayrhammer und Kompe waren zugegen.

§ **Altona**, 11. Mai. Vom jütischen Kriegsschauplatz sind keine neuen Nachrichten eingelaufen. Die schleswig-holsteinische Avantgarde liegt dicht vor Fredericia bei Erriksö und verschanzt sich vorläufig. Die Reichsreiterei rückt im Westen vor und es heißt sogar, daß die preussische Division in Horsens eingerückt sei. Es bestätigt sich vollkommen, daß eine Abtheilung Dänen, welche nach Norden gedrängt war, aufgehoben worden, zumal die Verbindung zwischen Fredericia und Beile ihnen seit dem 7. d. M. abgeschnitten ist. Was Fredericia betrifft, so haben die Vorkämpfer zum Angriff auf dasselbe begonnen. Die Festung ist von den Schleswig-Holsteinern cernirt und es scheint fast, als wenn die Dänen nicht beabsichtigten, sich lange in Fredericia zu halten, weil sie von ihrem Verbindungscorps getrennt und abgeschnitten sind. Im Sundewitt'schen ist es ruhig. — „Fäbrelanbet“ ergeht sich in der jüngsten Nummer in harten Raisonnements, die der Mangelhaftigkeit der dänischen Marine vorgugsweise gelten. So könne der Mangel an Dampfschiffen, meint dies Blatt, den dänischen Kriegsschiffen in der Ostsee einmal große Gefahr bringen, wenn bei längerer Windstille die Schiffe einander nicht zu Hilfe kommen können, und auch in der Nordsee bedürfe man wenigstens eines Dampfschiffes. Dies sind gute Fingerzeige, welche die deutschen Marineanfänge ihrerseits zu benutzen bemüht sein müßten. Die schwedische „Malmöer Schnellpost“, ein sonst gut unterrichtetes Blatt, berichtet nach einem Schreiben aus Kopenhagen, König Frederik VII. habe im Staatsrath am 26. April den Herzog von Leuchtenberg zum Thronfolger in Dänemark vorgeschlagen. Dagegen wird dieser Thatsache vorläufig alle Begründung abgesprochen müssen, darf man jedoch nicht vergessen, daß seit einiger Zeit zwischen den schwedischen, russischen und dänischen Häfen ein auffallend inniger Verkehr stattfindet und hauptsächlich die russischen Intriquen in der dänischen Successionsfrage die Hauptrolle spielen.

△ **Hamburg**, 12. Mai. Wie man hört, würde eine großartige Industrieausstellung von Fabrikaten aus allen industriellen Gegenden Europa's beabsichtigt und bei der Wahl des Ortes hat man bereits Hamburg, weil es bisher von allen politischen Evolutionen frei gewesen, als den passendsten bezeichnet. Unsere Börse ist für diesen Plan sehr enthusiastisch und möchte auch wohl erhebliche Opfer bringen, wenn diese projectirte Industrieausstellung hier stattfinden würde. Was die bedeutenden Kosten betrifft, ist bereits in Voraus erwogen worden, daß eine Verloofung der Erzeugnisse veranstaltet werden müßte. Es scheint uns jedoch mehr als unwahrscheinlich zu sein, ob unter den gegenwärtigen aufgeregten Zeitumständen dies Unternehmen würde verwirklicht werden können, und dürfte dies einer ruhigeren Zeit, wo die Gemüther mehr sich selber als den politischen Bewegungen und Erregungen angehören, vorbehalten bleiben.

Burg auf Fehmarn, 9. Mai. (A. M.) Am 3. d., Vormittags, näherte sich ein dänisches Kriegsdampfschiff („Geiser“), nachdem es nebst einer Fregatte schon seit 4 Uhr Morgens die südliche Küste Fehmarns recognoscirt, einer beim Fährhause am Ende errichteten Schanze bis auf ca. 2000 Schritt. Vier ganze Lagen Kanonenschüsse sandte es, nicht nur auf die Schanze, sondern auch auf eine am Strande stehende leere Strohhütte und über die Köpfe des größten Theils einer vollständig gedeckt aufgestellten Compagnie; jedoch ohne irgend einen andern Erfolg, als den der Munitionsverschwendung. Dagegen fielen aus unserer Schanze, welche nur mit 2 Gpfund. Feldgeschützen armirt werden konnten, und welche letzteren von dem von der Infanterie abcommandirten Rekruten unter dem Befehle des Artilleriefeldwebels Zorn, bedient wurden, 4 einfache Schüsse mit besserem Erfolge, indem einer derselben vorne am Bauche und ein anderer ungefähr in der Mitte, eben unterhalb des Wasserspiegels getroffen haben, worauf der Dämpfer sich entfernte.

Ungarn.

Bresburg, 5. Mai. Ein Feldwebel erzählte, daß in einem der letzten Gefechte bei Komorn das kaiserl. Cernirungscorps bei 40 Kanonen verloren habe. Es war eine ordentliche Ueberumpelung von Seiten der Insurgenten, da man sie in der Ferne für kaiserl. Hilfstruppen hielt, und den Irrthum erst gewahrte, als es zu spät war, sich in gehörigen Vertheidigungsstand zu setzen. — Bemerkbar, das die Journale schon so häufig von Bem einnehmen ließen, ist noch immer in Rufavinas Händen, aber von Bem bedroht. — In der Schütt wurde der Pfarrer und Richter eines Dorfes wegen Verraths der kaiserlichen Truppen erschossen. (Wanderer.)

Für die Unglücklichen in Dresden
 sind bei uns eingegangen: von R. F. 5 fl. 15 fr.; von Hrn. Gontard
 und Söhne 27 fl., was wir dankbar beschreiben, zur Annahme fer-
 nerer Beiträge uns bereit erklärend.
 Frankfurt a. M., 15. April 1849.
 Red. der D.-V.-Z.

Benachrichtigungen.

[1383] **Bekanntmachung.**
 Die Post-Verbindung zwischen Memmingen und
 Lindau über Leutkirch und Wangen betr.
 Vom 15. d. M. an wird in Memmingen der
 Eilwagen über Leutkirch und Wangen nach Lindau
 Nachmittags um 3¼ Uhr (anstatt um 4¼ Uhr) abge-
 fertigt, welches unter Bezugnahme auf die Bekannt-
 machung vom 27. Mai v. J. hierdurch veröffentlicht
 wird.
 Frankfurt a. M., den 14. Mai 1849.
 General-Post-Direction.
 Freiherr von Dörnberg.
 vdt. Beckmann.

[1385] Soeben ist erschienen und in allen Buchhandlungen vorräthig,
 in Frankfurt a. M. bei Franz Benj. Aufferth, Zell Nr. 33:
Des Garanties données au Danemark
à l'égard du Schleswig
 par la France, l'Angleterre et la Russie, et de celles dont
 il est question aujourd'hui.
 In-8. Broch. 18 kr.
 Diese kleine Schrift gibt eine vollständige Uebersicht der auf die
 Stellung Schleswigs zu Dänemark bezüglichen Verträge und Garan-
 tien der europäischen Mächte.
 Leipzig, den 13. April 1849.
 Brochhaus & Avenarius.

[1386] Bei Carl Körner in Frankfurt a. M. ist zu haben:
Histoire et Biographie
 des
frères Blanc
 fermiers des jeux, et Mystères de Hombourg-ès-monts.
 Preis 9 fr.

[1378] **Zwölfte Versammlung**
deutscher Land- und Forst-Wirthe
 zu Mainz im October 1849.
 In Gemäßheit des Beschlusses der ersten Versammlung zu Kiel
 im Jahr 1847 ergeht hiermit die Einladung zur grundgesetzlichen
 Teilnahme an der vorgenannten Versammlung, welche zu Mainz
 am 1. October d. J., Morgens 9 Uhr, eröffnet und am 6. October
 geschlossen werden wird. Die Bekanntmachung der Thematika und der
 Empfangs-Einrichtung erfolgt nächstens in den land- und forstwirth-
 schaftlichen Zeitschriften.
 Die Redactionen aller öffentlichen Blätter sind um Verbreitung ge-
 genwärtiger Einladung ersucht.
 Laubach und Darmstadt, den 9. Mai 1849.
 Der Vorstand obiger Versammlung.
 Graf Otto zu Solms-Laubach. Frhr. v. Wedekind.

[1387] Heppenheim, 14. Mai. Die Unterzeichneten haben gleich
 nach der Nachricht von dem Ausbruche einer Revolution im Badischen
 mit allen Böglingen ihres Instituts das Land verlassen und hoffen in
 wenig Tagen bekannt machen zu können, wo sie ihre Schule fortsetzen.
 S. & C. Bender.



BAD KISSINGEN

im fränkischen Saalthale des Königreichs Bayern bietet durch seine herrliche Natur, romantische Gegend und geschmackvolle
 Promenaden den lieblichsten Aufenthalt für Patienten und für gemüthliche Erholung Suchende.
 Eine große Auswahl von den einfachsten bis zu den elegantesten Wohnungen gewährt die größte häusliche Bequem-
 lichkeit; die Preise für Logis, Zehrung und Bedienung sind in jeder Beziehung billig.
 Die ausgezeichneten Wunderkräfte der Kissingener Heilquellen sind weltberühmt, und die Erfahrung der vorzüglichsten
 Aerzte hat dargethan, daß die Kissingener Heilquellen sich seither in unzähligen Krankheitsfällen auch dann noch mit glänzendem
 Erfolge hilfreich erwiesen haben, wo bereits vorher andere Heilmittel oft vergeblich angewendet worden waren.
 Die Eröffnung des königlichen Kurhauses mit Logis, table d'hôte, Restauration und Badeanstalt erfolgt
am 15. Mai 1849.

Zu geneigten Quartierbestellungen empfehlen sich ergebenst
 Die königlichen Kurpächter:
Gebrüder Volzano in Kissingen.

[1297] **Verkauf einer Villa.**
 Eine in der Gemeinde Leutesdorf bei Neuwied auf dem rechten
 Rheinufer anmuthig gelegene Besitzung, bestehend:
 a) in einem sehr geräumigen Wohnhaus, enthaltend Parterre 7
 Zimmer, einen Salon, Küche mit 2 Speisekammern; in der Bel-
 étage 8 Zimmer, einen Saal mit Balkon; sodann zwei große
 Speicher und einen sehr geräumigen 100 Fuder fassenden Keller;
 b) in zwei daran stoßenden Nebengebäuden, enthaltend 8 Zimmer
 mit zwei Küchen, Speicher, Stallung, Remise, Kelterhaus und
 Brunnen;
 c) in einem 5 Morgen großen, ringsum mit einer starken Mauer
 umgebenen Garten, durch welche die ganze Besitzung eingeschlos-
 sen und durch eine elegante Thoreinfahrt betreten wird —
 steht aus freier Hand zu verkaufen oder auch zu verpachten.
 Diese hart an das Rheinufer stößende Villa gewährt die schönste
 Aussicht auf die nahe gelegenen Städte Andernach und Neuwied und
 ist durch die frequente Passage der Dampfschiffe stets belebt; sie eig-
 net sich besonders wegen ihrer gesunden Lage zu einem alle Bequem-
 lichkeiten darbietenden Sommeraufenthalte, zu großartigen Fabriken
 oder irgend einer Erziehungsanstalt. Sämmtliche Gebäulichkeiten sind
 bei der vaterländischen Feuer-Societät zu Thlr. 10,000 versichert.
 Derauf Reflektirende wollen sich in portofreien Briefen an den
 Geschäftsführer J. Müller zu Ehrenbreitstein gefälligst wenden,
 welcher jede deshalben gewünschte Auskunft bereitwillig ertheilen wird.

Wasserheilanstalt Mühlbad bei Boppard
am Rhein.
 Für die Badesaison des laufenden Jahres wird obgenannte Anstalt
 vom 1. März ab dem Publikum wieder geöffnet sein. Bei der stei-
 genden Frequenz, deren sie bisher sich zu erfreuen hatte, und die na-
 mentlich in verwichenen Jahre noch so bedeutend war, daß Mangel
 an Raum entstand und längere Zeit hindurch Gäste dislocirt werden
 mußten, bittet man diejenigen, welche sie zu besuchen die Absicht ha-
 ben, mit ihren Anmeldungen nicht allzulange zu zögern, besonders
 dann, wenn sie auf schöne und bequeme Wohnungen respeciren. —
 Näheres bei dem in der Anstalt wohnenden Arzte, Kreisphysicus Dr.
 Heuserer. [756]

In Ladung bei **H. SERIGIERS**,
 Consul, Kaufmann und Schiffsrheder,
 in **ANTWERPEN.**
 [1313] **Regelmässige Schifffahrten**
 Nach **New-York:**
 Amerik. 3master FRANCE, Cap. Hidson, Abfahrt 10. Mai.
 „ „ RIO-GRANDE, „ Thomas „ 20. „
 „ „ MAY FLOWER, „ Hitchcock „ 1. Juni.
 Nach **Rio-Janciro:**
 Belg Schiff WINDHOND, Cap. Parmentier, Abfahrt 1. Juni.
 Nach **Constantinopel:**
 Schiff AMALIA, Cap. Dolwin, Abfahrt 20. Mai.
 Obgenannte Schiffe nach New-York und Rio-Janciro sind ein-
 gerichtet um zwischen Deck und Cajüte Passagiere zu übernehmen
 Nähere Auskunft ertheilt H. Serigiers in Antwerpen.

Grab-Denkmäler und Kreuze
 in großer Auswahl
 von rothem, grünem und weißem Sandstein
 sind vorräthig zu haben bei
A. Sprickmann vor dem Allerheiligenthor.
 Wohnung im Pfuhlhof, Rossmarkt.
 [89]

[1379] **Wiesbaden.**
 Das Badhaus zum „Pariser Hof“, welches ich übernommen,
 neu auf das bequemste eingerichtet und mit meinem vis-à-vis stehenden
 — **Badhaus zum goldnen Kreuz** —
 verbunden habe, empfehle bestens.
 Wiesbaden, im Mai 1849.
 Heinrich Beyerle.



Rheinische Dampfschiffahrt.
Kölnische Gesellschaft.

Tägliche Fahrten vom 1. Mai 1849:
 Von Mainz Morgens 6 Uhr nach Köln (Düsseldorf, Eberfeld-Mannh.).
 „ Mainz „ 8 „ „ Köln (Aachen-Düsseldorf).
 „ Mainz „ 10 „ „ Köln (Minden-Berlin).
 „ Mainz Morgens 10½ Uhr nach Köln (Minden-Berlin)
 „ unmittelbar nach Ankunft des zweiten (9½ Uhr) Eisenbahnzugs von Frankfurt.
 „ Mainz Nachmitt. 2½ Uhr nach Mannheim
 Von Mannheim Morgens 6 Uhr nach Köln.
 „ Coblenz rheinaufwärts Morgens 6, 8 und 12 Uhr, rheinabwärts Morgens 6, 10, und Nach-
 mittags 12, und 2½ Uhr.
 „ Köln Morgens 5½ Uhr nach Mainz, Morgens 9½, Mittags 1 und Abends 10 Uhr nach
 Coblenz-Mannheim, Morgens 5 Uhr nach Arnheim.
 „ Arnheim Morgens 6 Uhr nach Köln, Coblenz, Mainz, Mannheim. [1263]

Nähere Auskunft und Billete in Frankfurt a. M. bei dem Agenten
 Herrn **F. Böhm**, Rossmarkt, auf dem Filial-Bureau bei Herrn
G. B. Pell auf der Zeil, im Taunus-Bahnhofe, und für die
 Postreisenden im Postbureau.

Catarre, Schnupfen, Husten,
Heiserkeit.
 Der Bruststeig von George in Epinal, wofür ber-
 selbe bei der Industrieausstellung in Paris eine silberne
 und goldene Ehrenmedaille erhielt, ist ein angenehmes
 und ausgezeichnet wirksames Brustheilmittel, in allen
 deutschen Städten und hier nur allein in dem Haupt-
 depot bei Herrn Conditor **Schott**, große Sand-
 gasse, zu haben.
 Commissionäre sind: Dr. Conditor **J. C. Schlem-**
mer in Mainz. [1380]

[772] **S. G. von Oden,**
 Bleidenstraße 24., empfiehlt sein wohlfassirtes
 Lager in:
 schwarzen seidnen Herrenhalsbinden in Taffet und
 Atlas, Sommerhalsbinden in Seide, Halbside, Jaco-
 net und Foulard, acht ostindischen Taschentüchern,
 Chatelaines, Foulard- und Atlas-Brochetüchern.

[1293] Mein durch die neuesten Pariser Modelle
 reiches Assortiment fertiger **Mantillen** befindet sich
 Liebfrauenberg Nr. 33.
C. Schleginger.

[139] Mit dem Inkasso von Wechseln auf Deutsch-
 land und fremden Devisen, desgleichen mit An- und
 Verkauf von Staats-Obligationen, Lotterie-Anleihe-
 Loosen u. s. w. befaßt sich
M. A. Cahn & Cie.,
 Banquiers in Mainz am Rhein.

[1326] Ein großer Hühnerhund männl. Geschlecht,
 braun und weiß getigert, mit braunem Kopf und
 braunem Behänge, und weißem Abzeichen auf dem
 Kopf, einem braunen Flecken auf dem Rücken und
 braunem Flecken über der Ruthe, hat sich gestern ver-
 laufen. Wer denselben in Verwahrung genommen
 hat, wird ersucht, solchen in der Rheinstraße Lit. F.
 Nr. 92 gegen eine gute Belohnung abzugeben.
 Darmstadt, den 5. Mai 1849.

[1191] Staatspapiere aller Art werden an- und
 verkauft, so wie Gold und Silberforten verwechselt.
Julius Stiebel junior,
 Büreau: Bollgraben.

Erziehungs-Anstalt für Töchter
gebildeter Stände in Mainz.
 Die Unterzeichnete erlaubt sich hiermit, ihre Er-
 ziehungs-Anstalt, welche sich einer langjährigen An-
 erkennung erfreut, den verehrten auswärtigen Eltern
 zu empfehlen.
 Nähere Auskunft ertheilt der Prospectus.
 Mainz, im Mai 1849.
 [1382] **Josephine Diehl.**

[1384] An der Eisenbahnstraße ist eine sehr freund-
 liche Wohnung von 14 Zimmern mit Gartenvergnü-
 gen zu vermieten, mit oder ohne Möbel. — Näheres
 auf der Expedition. [1263]

Gerichtliche Bekanntmachungen.

[1388] **St e d b r i e f.**
 Alle resp. hochlöbliche Justiz- und Polizeibehörden
 werden unter Erbiten zu gleicher Willfährigkeit er-
 sucht, auf den hierunter signalisirten Karl Adolph
 Garzewinkel, Kunstdrechsler, aus Neu-Kruppin,
 Regierungsbezirks Potsdam, fahnden, ihn betretenen
 Falls arreiren zu lassen und uns davon zu benach-
 richtigern.
 Diese Maßregel wurde veranlaßt, weil derselbe,
 welcher der Theilnahme an dem Aufruhr dahier am
 18. Sept. 1848 angeschuldigt ist und verhaftet war,
 heute Nacht aus dem Arrest entsprungen ist.
 Frankfurt a. M., den 15. Mai 1849.
 Die Untersuchungs-Commission des
 peinlichen Verhör-Amtes.

Person-Beschreibung.
 Alter: 26 Jahr.
 Größe: 5 Schuh 7 Zoll preussisch.
 Haare: blond.
 Augen: blau.
 Augenbrauen: blond.
 Nase: klein.
 Mund: gewöhnlich.
 Stirn: groß.
 Bart: röthlich, überall stark

Lippen: stark.
 Zähne: gut.
 Gesicht: rund.
 Gesichtsfarbe: gesund, frisch.
 Statur: sehr kräftig.
 Besondere Kennzeichen: an der Stirne links eine
 Narbe. Wurde zuletzt im Hospital dahier an
 Spinalirritation behandelt.

[1389] **S t e d b r i e f.**
 Alle resp. hochlöbliche Justiz- und Polizeibehörden
 werden unter Erbiten zu gleicher Willfährigkeit er-
 sucht, auf den hierunter signalisirten Johann Peter
 Julius Schlobohm, Spengler aus Hanau, fahnden,
 ihn betretenden Falles arreiren zu lassen und
 uns davon zu benachrichtigen.
 Diese Maßregel wurde veranlaßt, weil derselbe,
 welcher der Theilnahme an dem Aufruhr dahier am
 18. Sept. 1848 angeschuldigt ist und verhaftet war,
 in vergangener Nacht aus dem Arrest entsprungen ist.
 Frankfurt a. M., den 15. Mai 1849.
 Die Untersuchungs-Commission des
 peinlichen Verhör-Amtes.

Person-Beschreibung.
 Alter: 26 Jahre.
 Größe: 5 Schuh 4 Zoll rhein.
 Haare: schwarzbraun.
 Augen: braun.
 Augenbrauen: schwarz.
 Nase: spiz.
 Mund: gewöhnlich.
 Stirn: hoch.
 Bart: schwarzbraun, schwacher Backenbart, stärke-
 rer Schnurr- und Knebelbart.
 Kinn: rund.
 Zähne: unvollständig.
 Gesicht: rund.
 Gesichtsfarbe: gesund.
 Statur: schlant.
 Besondere Kennzeichen: am linken Unterarm zwei
 Narben, auf der rechten Seite der Brust eine
 desgl., am rechten Arm oben am Handgelenk
 eine desgl., am rechten Augenwinkel eine desgl.
 Wurde zuletzt im Hospital dahier an Nervenschmer-
 zen im rechten Arm in Folge der stattgehabten Schuß-
 verletzung behandelt.

K l e i d u n g.
 Ein schwarzer Tuchoberrock, eine braungestreifte
 Buckskinhose, eine schwarze Weste mit weißen Streifen,
 eine dunkle Halsbinde, ein Paar Stiefel.